



Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl. Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$  Sgr. Infektionsgebühr für den Raum einer fünfstelligen Zeile in Zeitungsschrift 1 $\frac{1}{4}$  Sgr.

Nr. 109. Morgen-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Donnerstag, den 6. März 1862.

## Telegraphische Depeschen.

**Brüssel, 5. März.** Die „Independance“ meldet: Der gestrige Tag ging in Paris ruhig vorüber. Die Vorsichtsmaßregeln waren zahlreich genommen und große Machtentfaltung im Quartier latin angeordnet worden. Es ging das Gerücht: die polytechnische Schule sei konfisziert. Man versichert, daß die Verantwortler der erwarteten Manifestation freiwillig davon abgestanden wären, da sie einen Misserfolg voraussahen. Ganesco und sein Sekretär wurden verhaftet. Überhaupt fanden zahlreiche Verhaftungen statt.

**Newyork, 18. Febr.** Nach dreitägigem heissen Kampfe hat sich Fort Darnellson den Generälen Büchner, Buschrod, Johnson am 16. unter Bedingungen ergeben. Die Unionisten haben 15.000 Gefangene und eine ungeheure Menge Kriegsmaterial weggenommen. Der Sonderbunds-General Floyd ist mit 5000 Mann entwischt. Es geht das Gerücht von einer Schlacht bei Savannah; die Stadt sei erobert.

## Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Berliner Börse vom 5. März, Nachm. 2 Uhr.** (Angekommen 3 Uhr 55 Min.) Staats-Schuldscheine 90%. Prämien-Anleihe 121. Neueste Anleihe 108. Schleißiger Bank-Bereich 94%. Oberösterreich. Litt. A. 137%. Oberschles. Litt. B. 122%. Freiburger 119%. Wilhelmsbahnhof 47%. Neisse-Brieger 68%. Tarnowitzer 39%. Wien 2 Monate 72%. Österreich. Credit-Aktien 72%. Österreich-National-Anleihe 61. Österreich. Lotterie-Anleihe 65%. Österreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 132%. Österreich. Banknoten 73%. Darmstädter 81%. Commandit-Aktien 90%. Köln-Minden 166%. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 58%. Boerner Provinzial-Bank 94%. Mainz-Ludwigshafen 117. Hamburg 2 Monat 150%. London 3 Monat 6, 20%. Paris 2 Monat 79%. — Aktien matt.

**Wien, 5. März, Mittags 12 Uhr 30 Min. Credit-Aktien 199, 30.**

National-Anleihe 84. — London 137, 75.

**Berlin, 5. März.** Roggen: höher. März 51%, Frühjahr 50%, Mai-Juni 50%, Juni-Juli 50%. — Spiritus: matter. März-April 17%, April-May 17%, Mai-Juni 17%, Juni-Juli 18. — Rübbel: ruhig. April-May 13, Sept.-Okt. 12%.

## Der deutsche Nationalverein in Berlin.

Bei Gelegenheit der hier am 2. und 3. März abgehaltenen Sitzung des Ausschusses des deutschen Nationalvereins hatten die Herren Böhm, Brachvogel, A. Delbrück, F. Dunder, Heyl, Kochmann, Dr. Lindner, Dr. Lüning, Oppenheim, Schulze-Delitzsch, Dr. Siegmund, Justizrat Siemens, Dr. Siemens, Twesten, v. Unruh, Birchorn, Dr. Zabel eine Versammlung von Mitgliedern des gedachten Vereins auf Montag den 3. März Abends 7 Uhr in das Kroll'sche Lokal berufen. In der siebten Stunde strömten lange Reihen von Teilnehmern zum Brandenburger Thor heraus und der große Königssaal füllte sich sehr rasch. Beim Beginn der Verhandlungen waren alle Sitzplätze belegt und eine große Zahl von Mitgliedern umgab stehend die Reihen der Sitzen. Den Besitzerflattern der Preise, in soweit sie nicht Mitglieder des Vereins sind, war eine besondere Loge eingerichtet; die übrigen Logen erfüllte ein reicher Franz von Damen und von männlichen Zuböfern. Die Gesamtzahl der Anwesenden konnte auf 2000 geschätzt werden. Gegen 7½ Uhr erschien Herr v. Unruh, welcher auch Mitglied des Ausschusses ist, die Verhandlungen mit folgenden Worten: Die großen und schweren Fragen über Wohl und Wehe des engen und weiten Vaterlandes rechtfertigen hinreichend eine Versammlung der Mitglieder, für welche die Tage angezeigt worden sind, in denen die Ausschusmitglieder in unserer Mitte tagen, unter ihnen der Vorsitzende des Vereins, Herr v. Bennigsen. Ich schlage Ihnen im Namen derjenigen, welche die Versammlung berufen haben, vor, Herrn v. Bennigsen zu ersuchen, den Vorsitz zu führen. Ich bitte diejenigen, welche diesem Vorschlag bestimmt, dies durch Erhebung von ihren Sitz zu befunden. — Die ganze Versammlung erhebt sich.

Herr v. Bennigsen, mit anhaltendem Applaus empfangen, übernimmt den Vorsitz, dankt für den freundlichen Empfang und schließt daran folgende Anrede: Vor zwei Jahren sind die Ausschusmitglieder hier in Berlin zusammengetreten: seit der Zeit hat der Verein in ganz Deutschland einen großen Zuspruch gehabt: die Zahl seiner Mitglieder beträgt jetzt etwa 25.000. Diese Zahl ist nach den kleinen Anfängen sehr groß, aber noch nicht so groß wie sie sein müßte bei der allgemeinen Zustimmung, mit der alle liberalen Kreisorgane den Verein begleiten. Neuer Erfolg hinsichtlich der Errreichung seiner Ziele hat der Verein in den fast drei Jahren seines Bestehens nicht aufzuweisen. Der Nationalverein und die Nationalpartei sind an einem Wendepunkt angelangt. Durch das Auftreten der habsburgischen Regierung und die partikularistische Politik der Würzburger hoffen wir, daß die Wendung eine günstige sei. Der Plan der Würzburger ist nirgends im Volle mit Zustimmung, überall mit Erstaunen, ja mit Höhn ausgenommen worden. Es ist auch ein Fest für Götter, zu seben, wie ein Reckberg, ein Beusi, ein Borries, ein Dahlwig, ein Linden Reformator Deutslands sein wollen. Diese Vorschläge zurückzuweisen, war sehr leicht. Aber es lag noch eine große Gefahr in ihnen. Sie wollten Vermirring in die nationale Bewegung bringen und die preußische Machtstellung demütigen. Sollte das erreicht werden, sei es durch Schuld des preußischen Regierung oder des preußischen Volkes oder der Nationalpartei, dann würden wir in eine sehr schwere Zeit eintreten. Die preußische Staatsregierung und das preußische Volk haben bei dieser Wendung eine bedeutende, schwierige und gefährliche Aufgabe. Der preußische Staat ist mit einem großen Herrschergelehrten an seiner Spitze aus kleinen Anfängen emporgewachsen. Lange Zeit war Preußen vorzugsweise ein Militär-Staat. Seit 1807 hat es begonnen, freisinnige Reformen einzuführen und daneben die Militärmacht zu erhalten. Jetzt hat Preußen eine andere Aufgabe, an der Spitze Deutschlands die Umgestaltung der deutschen Verfassung durchzuführen. Diese Aufgabe vermehrte zwar die inneren Conflikte, aber ihre Lösung wird auch allein dieselben beenden. — Man macht in Preußen wie in andern Staaten der preußischen Regierung Vorwürfe, daß sie nicht entschieden mit der Politik der freien Hand bricht und direkt auf das Ziel losgeht. Aber ich frage Sie, meine Herren! sind Sie, sind die preußischen Mitglieder des Nationalvereins nicht auch Schuld daran? Es müssen noch ganz andere Anstrengungen gemacht und Opfer gebracht werden von jedem Einzelnen. 1848 und 1849 sind alle Hoffnungen der deutschen Reformbewegung gescheitert, grobtheils durch Schuld des Volkes. Jede Partei glaubte ihr Ziel allein erreichen zu können. Jetzt wissen wir, daß nur die Vereinigung aller liberalen Parteien die nationale Aufgabe lösen kann. Dazu bedarf es aber noch der Ausgleichung vieler alter Gegensätze. Jetzt muß man bei dieser Vereinigung verharren. Die Anzahl der Männer, welche jetzt verbittert aus dem Vereine ausscheiden mögen, wird gering sein. (Beifall). Preußen muß die innere und die deutsche Aufgabe in innigster Verbindung lösen. Nur wenn man von den inneren Fragen aus auf die großen nationalen ausgeht, kann man beide lösen. Der einheitliche Bundesstaat kann nur ein freier parlamentarischer Staat sein mit voller bürgerlicher Freiheit. (Bravo!) Diejenigen also, die für Preußen die bürgerliche Freiheit wollen, mögen sich uns anschließen! (Bravo!).

Nach diesen Worten schritt der Vorsitzende zur Bildung des Bureau.

Die Versammlung willigte stillschweigend in die Vorschläge des Herrn v. Unruh, in derselbe außer den Herren, welche die Versammlung berufen hatten, noch die Ausschusmitglieder Herren Schulze-Delitzsch, Meiss aus Darmstadt, Miquel aus Göttingen und Herrn Dr. E. Tempelton zu wählen.

Herr v. Bennigsen: Der Ausschuss hat sich in seiner gegenwärtigen Sitzung vorzugsweise mit der deutschen Frage beschäftigt. Er hat darüber eine Ansprache an die Mitglieder des Vereins beschlossen, welche, wenn kein Widerfuhr erfolgt, Ihnen vorgelesen werden wird. Daran können sich dann Meinungsäußerungen und Beiflüsse knüpfen. Es liegen bereits zwei Anträge vor; einer von Herrn v. Unruh und Genossen wünscht bestimmte

Resolutionen über die deutsche Frage, ein anderer von Herrn Dr. Oppenheim und Genossen wünscht eine Adresse an den badischen Minister v. Rothenbach (Bravo!). Ich erüche Hrn. Miquel, die Ansprache des Ausschusses vorzutragen.

Herr Obergerichtsanwalt Miquel aus Göttingen schickte einige einleitende Bemerkungen voraus. Es scheint unverfehlbar, daß wir in einem kritischen Moment uns befinden. Die nationale Bewegung steht vor einer Entscheidung. Sie hat bis jetzt noch keine großen sichtbaren Erfolge. Es ist Zeit, daß wir uns selbst sammeln, auf unsere eigene Thätigkeit einen Rückblick werfen und uns fragen, ob wir richtig gehandelt haben und weitere Erfolge erwarten dürfen. Dies ist um so nothwendiger, als bis hier und da Misstimmung und Unbehagen herrscht. Der Nationalverein stützt sich auf die nationale Partei. Diese ist kein Compromiß zwischen Constitutionellen und Demokraten, sondern eine ganz neue Partei, die das Gut beider alten Parteien sich angeeignet hat, das Schlechte ausschließen bemüht war! 1848 scheiterte die Bewegung durch die Partei gegenläufig. Sie einen wollten den Einheitsstaat durch die Revolution, die anderen den Bundesstaat, aber als Mittel allein die Action der Regierungen. Beide sind niedergeschlagen worden durch eine brutale Reaction. Es kam das Jahr 1859 und die Unmöglichkeit, mit den gegenwärtigen Verhältnissen fortzustehen, wurde auch dem blödesten Auge klar. Nun traten Männer zusammen, die verlangten, daß die Einzelstaaten nur die unerlässlichen Opfer dem allgemeinen Wohle bringen sollten, und nur gesetzliche Mittel in Anwendung bringen wollten, aber auf das Volk vertrauten und diesem ein bestimmtes klares Ziel vorlegten wollten. Sie wußten vorher, daß die Arbeit sauer und schwierig sein und Aufopferung erfordern würde, daß schnelle Resultate nicht zu erreichen seien. Aber sie wollten das Ziel sicher erreichen. Was bisher erreichte Resultat ist sehr groß. Im Jahre 1859 gab es noch keine nationale Partei. Das Volk dachte noch an das deutsche Vaterland, aber es fehlte das vereinigende Band. Die Nationalgefühle wirkten in den Einzelstaaten zerstreut. Jetzt handeln wir aus verschiedenen deutschen Ländern zusammen. Eine allgemeine große Bewegung, die sich der Geister bemächtigt, lebhafte ist das Bestreben nach Verbesserung, nach dem Bundesstaat. Selbst die Gegner sind schon gewungen, die Berechtigung unserer Bestrebungen anzuerkennen. Wir können mit diesen Resultaten zufrieden sein. Wir wollen uns ans neue stählen zum Kampfe, weil wir des endlichen Sieges gewiß sind. Das sind die Grundsätze der Ansprache des Ausschusses, die ich Ihnen jetzt vorlesen werde.

Die Ansprache lautet:

Der Ausschuss des Nationalvereins an die Vereinsgenossen.

Der Nationalverein in seinen Anfängen war ein Produkt der nationalen Hilfslosigkeit, wie sie sich auch dem Blödesten während der Ereignisse des Sommers 1859 offenbarte.

Ein großes, aufgellärtetes und wohlhabendes Volk in Mitten Europas, in vergangenen Jahrhunderten der Mittelpunkt aller Macht und aller Kulturentwicklung, war in Folge seiner mangelhaften Verfassung und dynastischer Herrschaftsfeind unsfähig, irgendeinen Einfluß auf den großen Gang der europäischen Dinge zu üben, und seine eigenen Interessen wirtschaftlich zu machen, ja selbst außer Stande, seine Unabhängigkeit nach außen gehörig zu sichern. Der tiefe Schmerz über die klägliche Lage der deutschen Nation, der damals alle deutschen Herzen durchdrückte, führte uns zusammen und gab den Anstoß zur Bildung der nationalen Partei, welche ohne Rücksicht auf die alten Parteibildungen und Berlkünften Alle vereinigen wollte, denen das große Vaterland und seine Wiederherstellung über Alles ging und welche Geduld und Ausdauer genug hatten, sich dieser großen Aufgabe zu widmen.

Keiner erwartete wohl augenblicklich diese Erfolge. Niemand durfte sie erwarten. Es galt, den Boden vorzubereiten, den Mut und das Selbstvertrauen zu heben, das neu erwachte nationale Bewußtsein zu stärken und der Bewegung die richtigen Ziele und Wege zu zeigen. Nicht gewillt, statt des Bundesstaats den Einheitsstaat, statt der Reform die Revolution zu proklamieren, mussten wir in Preußen den mächtigsten deutschen Staat erbliden, welcher allein im Stande war, die zerstreuten Kräfte der Nation wirtschaftlich zusammenzufassen und zugleich durch seine eigenen Interessen unwiderrücklich an das Interesse der ganzen Nation gebunden war.

Wir handelten nicht im Vertrauen auf die augenblickliche preußische Regierung, auf diesen und jenen Minister, uns leitete allein die Überzeugung, daß unbekümmert um das Widerstreben einzelner die Notwendigkeit der Dinge und die Einsicht des preußischen Volks diesem Staat schließlich diejenige Richtung geben werde und geben müsse, welche durch seine eigenen wie die Interessen der deutschen Nation gleich gebietenderisch erheischt wird.

Die nationale Partei ist nicht abhängig von den Meinungen eines jeweiligen Ministeriums, von seiner Größen oder geringen Fähigkeit und Thätigkeit. Sie wendet sich an das deutsche Volk, sie vertreibt die ewigen und unvergänglichen Interessen und Bedürfnisse der Nation, sie führt nicht auf die durch diese gegebene Notwendigkeit der Entwicklung der Dinge.

Und sie, hat sich hierin nicht getäuscht. Der Erfolg beweist es. Das nationale Bewußtsein ist in ganz Deutschland lebendig geworden. Eine große, gleich reale und ideale Bewegung hat sich der Geister bemächtigt.

Der Glaube an die große deutsche Zukunft wächst von Tage zu Tage. Die Unhaltbarkeit der jetzigen Gesamtversammlung und die dringende Notwendigkeit der Reform wagen selbst ihre bisherigen Vertreter nicht mehr zu verleugnen.

Ein Jeder ist geneigt, in dieser Bewegung seine Stellung zu nehmen und wohl oder übel mit seinen Gedanken und Hintergedanken herauszutreten. Saht ihr nicht in diesen Tagen das Ministerium Rechberg und die jah nur von retrograden Ministerien geleiteten Mittelstaaten die Notwendigkeit der deutschen Reform anerkennen, hört ihr nicht, wie sie in den „identischen Noten“ eine feierliche Organisation der Exekutive und wenigstens das Schattenbild einer deutschen Volksvertretung anbieten und daß es Euch nicht wohl zu gewahren, wie das Vorgehen kaum irgendwo im Volle eine Zustimmung fand, wie viel mehr die Nation in ihrer überwiegenden Mehrheit mit richtigem Verständnis Vorschläge entschieden zurückwies, deren Verwirklichung, wenn sie überall ernstlich gemeint wäre, die Herrschaftsfeind verweigert, die deutsche Bewegung von ihrem Ziele nach einem einheitlichen Ausdruck ihrer Kräfte ablehnt und die Nation nach wie vor ein Spielfeld in dynastischen und vor allem habsburgischen Interessen ließen würde?

Viele unter Euch bellagen die passive Haltung der jetzigen preußischen Regierung in dieser Zeit der Entscheidung und ziehen mit diesem Schmerz, wie diejenige, statt die nationale Bewegung thätig zu unterstützen und ihr voranzugehen, ihr anscheinend planlos auf.

Diese Klagen, sie sind allerdings nur zu sehr begründet. Ein theoretischer Meinungsaustausch wird nie ein thätiges Handeln ergeben. Wer heute nicht entschlossen vorwärts geht, der muß eine Position nach den andern verlieren, und statt die Bedingungen des endlichen Siegs vorzubereiten, wird er die Gegner ermüdigen, das Vertrauen der Freunde schwächen und so alle Voraussetzungen einer zweiten Niederlage schaffen.

Aber vergeht auch nicht, wie die preußische Regierung es war, welche zuerst die Berechtigung der nationalen Bewegung anerkannte und durch entschiedene Zurückweisung aller Verküsse gewaltamer Unterdrückung des Nationalvereins ihr den gesetzlichen Boden rettete und erholt. Und dann, Ministerien sind wandelbar und vergänglich, die deutsche Nation aber und ihre Bedürfnisse, sie sind unwandelbar und unvergänglich. Wird der Sieg verjüngt, so ist er doch nicht minder gewiß.

Haben wir noch keine unmittelbaren Erfolge erreicht — wer von Euch sieht nicht, daß wir nach einer Thätigkeit von kaum mehr als zwei Jahren zu siegen beginnen.

Der Gegensatz der Meinungen zwischen Nord- und Süddeutschland mildert sich mehr und mehr, und fängt hier und da an, gänzlich zu verschwinden. An die Stelle des früher vereinzelten Ringens in den Einzelstaaten ist ein gemeinsames plannmäßiges Handeln der nationalen Partei aller Stämme und Staaten möglich geworden.

Mit der Einsicht in die richtigen Ziele und die praktischen Mittel, sie zu erreichen, ist die allgemeine Übereinstimmung gemacht. Das preußische Volk ist mit Energie in den Kampf um die höchsten nationalen eingesetzt. Es beginnt — die Bildung der deutschen Fortschrittspartei und die Wähler zum Abgeordnetenhaus haben es bewiesen — den deutschen

Bruderstämme offen die Hand zu reichen, wohl erkennend, daß seine engeren Heimatshinterläufen mit denen des deutschen Volkes zusammenfallen und daß alle großen preußischen und deutschen Fragen nur eine gemeinsame Lösung zulässen. Wenn die preußische Regierung sich bis jetzt zurückhaltend zeigte, muß sie nicht in der einmütigen und entschiedenen Haltung des preußischen Volkes den bestimmten Antrieb und die festste Stütze für die entschlossene Verfolgung einer großen deutschen Politik finden? Schon erheben sämtliche Fraktionen der liberalen Meinung im preußischen Abgeordnetenhaus, einig verbunden in dieser Lebensfrage, deutlich genug ihre Stimmen zu unsern Gunsten. Von Stunde zu Stunde rüstet die Notwendigkeit der Lösung der kurhessischen und schleswig-holsteinischen Frage, in gebieterischer heran, daß auch der Unschlüssige bald wird Hand anlegen müssen.

Wenn andere deutsche Regierungen, die badische, weimarsche und kurburgothaische, sich schon beruhigt und rücksichtslos unter dem Beifall der Nation der nationalen Bewegung angeschlossen haben, wie lange wird die preußischen Regierung sich ihr noch unthaltbar entziehen können? Hat doch schon jetzt Graf Bernstorff die Gründung eines Bundesstaats mit einheitlicher Centralgewalt und deutschem Parlament als Ziel der preußischen Politik aufgestellt.

Das Ziel — eine Lebensfrage zugleich für den preußischen Staat — Ihr wißt es, ist nur zu erreichen durch ein Bündnis mit dem einzigen treuen und mächtigen Bundesgenossen, dem deutschen Volle, durch ein entschiedenes und entschlossenes Eingehen auf seine und des eigenen Volkes Bedürfnisse. Wenn dies jeder im Volle sieht, wie lange wird die auch in der Bernstorff'schen Note enthaltene Täuschung der Staatsleute Stich halten, daß so große Dinge allein durch diplomatische Verhandlungen mit größtmöglichen Regierungen zu Ende zu führen seien?

Wer von Euch möchte unter diesen Umständen schwanken und verzagen? Wer von Euch wird nicht im Gegenteil das Vereinsprogramm durch die bisherigen Erfahrungen und Erfolge für bewährt halten, und es umso mehr für seine gebieterische Pflicht erkennen, mit allen erlaubten Mitteln den Particularismus zu bekämpfen, das nationale Bewußtsein zu stärken, die Einsicht in die wichtigen Fragen und Mittel allgemeiner zu machen und selbst das Vertrauen fest zu halten, daß die deutsche Nation endlich eine Gesamtverfassung, welche durch ihre geistigen und materiellen Interessen gleichmäßig geboten ist, erlämpfen wird?

Wie doch ein Jeder seine Schuldigkeit. Erkoren wir nach und nach alle deutschen Volksvertretungen, gewinnen und organisieren wir alle aufgellärteten und vorausblickenden Kräfte der Nation durch die Mittel geistlicher Agitation, brechen wir durch die schließlich unüberwindliche Macht der allgemeinen Meinung den schon verzagten Widerstand der Gegner, bewegen wir die Gleichgültigen und Schwachen, sich für uns zu entscheiden und sich nicht länger dem Ringen der Nation zu entziehen, — dann ist der Erfolg gesichert.

Den wahren Patrioten muß die Gewissheit, ja die Wahrscheinlichkeit des schließlich Sieges genug sein, nur der Selbstsüchtige fühlt sich abhängig von einem Erfolge, dessen Früchte ihm unmittelbar zu Gute kommen.

Die bisherige Haltung des deutschen Volles, die von den Mitgliedern des Nationalvereins bewiesene Ausdauer gibt uns die Zuversicht, daß auch in der Zukunft die nationale Partei in diesem Sinne kämpfen und schließlich siegen wird. Uns hat die Not des Vaterlandes zusammengeschafft, uns wird die Fortdauer der Not trennbar vereint finden."

Nachdem diese Ansprache unter dem Beifall der Versammlung verlesen war, beantragte Herr v. Unruh im Anschluß an dieselbe, daß die Versammlung ihre Zustimmung in folgenden Resolutionen ausspreche:

Die heutige Versammlung beschließt:

- 1) Daß durch eine Änderung der Bundesverfassung auf den Grundlagen, welche von der österreichischen und den würzburger Regierungen in den identischen Noten vom 2. Febr. bezeichnet sind, das berechtigte Verlangen des deutschen Volles nach bundesstaatlicher Einigung in keiner Weise beeinträchtigt, vielmehr von seinem Ziele abgelenkt und die politische Zerrissenheit und Ohnmacht der Nation verewigt würde.

- 2) Daß die preußische Regierung, in so fern sie sich für die Notwendigkeit einer einheitlichen Centralgewalt und Volksvertretung ausgesprochen, das wahre und einzige Ziel der nationalen Reformbestrebungen grundsätzlich anerkannt hat. Daß aber die politische Doctrin niemals zur politischen That fortgeschritten, die als notwendig anerkannte Reform niemals in's Leben treten wird, so lange die

der widerstreitende Theil von Deutschland mit Panduren und Kroaten freiheitlich fortwährenden könnten (Heiterkeit). M. H. Diese identischen Noten, die da beabsichtigten, die preußische Regierung zurückzurängen, die entsprachen offenbar dem geheimen Glauben, daß Preußens Regierung in Festhaltung des sogenannten alten Rechtszustandes nicht fest aufstehen werde. Diese identischen Noten haben höchstens diesmal ihr Ziel verfehlt. Ich kann wenigstens sagen: in den Kreisen, welche bis jetzt der nationalen Bewegung sich nicht annähern wollten, hielt es einstimmig: wenn wir die Wahl nur haben zwischen Würzburg oder Berlin, dann wissen wir, wohin wir zu gehen haben, nach Würzburg richten sich unsere Schritte nicht. Ohne weiter anzudeuten, wie notwendig ein deutsches Parlament sei, was in allen Fragen des Staates und Volkes mitzusprechen hat, in politischen, handelspolitischen, industriellen und finanziellen Fragen, statt dessen bildet man Delegierte der verschiedenen deutschen Ständeversammlungen zum Zwecke legislativer Arbeiten, ganz abgesehen davon, daß ich mir nicht sehr viel verspreche von allem Respekt vor den hohen Häusern, nicht viel verspreche von den Delegierten des wiener und berliner Herrenhauses, die auch mitzuwählen haben. (Lebhafte Bravo, Heiterkeit.) Ganz abgesehen davon, glaube ich, daß mit noch so schätzenswerthem legislatorischen und sonstigen Material dem deutschen Volke nicht geholfen werden kann. Wir brauchen Kraft nach außen und freiheitliche Entwicklung nach innen, und dazu kann nur dienen ein vollständig berechtigtes deutsches Parlament. (Bravo.) Von diesem Standpunkte aus, m. H., glaube ich, kann über den ersten Punkt auch nicht die leiseste Frage sein. Es hat sich kaum ein ehrbarer Name, der der politischen Entwicklung des Volkes überhaupt zugemessen sein soll, bis jetzt in der Presse dafür auszusprechen gewagt, daß dies auch nur der leiseste Anfang zu einem Anfang politischer Entwicklung des deutschen Volkes sein könnte. (Große Heiterkeit.) Und Sie müssen mir erlauben, zu bemerken, daß der Freiheitlichkeit unsrer Zeitalters, wo man die Kinder nicht leiden läßt unter den Sünden der Väter, müssen Sie mir doch die leise Hindernis erlauben, daß ich nicht gerade glaube, die Männer, die seiner Zeit in Kurhessen die Bundesrevolution angeregt haben, die Rechberg, der gegräfte hr. v. Borries und auch Se. Excellenz mein hr. v. Dalwigk — ihre Namen geben doch wohl auch demjenigen, der sonst ziemlich zum Glauben geneigt ist, über große Garantie, daß es sehr ernst gemeint sei mit der Durchführung dieser höchst anerkennenswerthen Bestrebung, anerkennenswert insofern, als es sich hier gezeigt hat, daß das deutsche Volk und das deutsche Vaterland hat auch nach der Ansicht unserer Feinde ein Recht auf Anerkennung der jüngsten Bundesverfassung; ich denke nur, die Wege zu dieser Anerkennung und die Art dieser Anerkennung werden andere sein, als sie vorschlagen. Fest ist aber gestellt für Jedermann, geändert muß die Sache werden.

M. H.! Gegenüber den würzburger Regierungen haben wir gesprochen von der preußischen Regierung. Wir haben der Wahrheit gemäß nicht in Abrede stellen können, wir haben auch mit Freuden anerkannt, daß Preußen, im Prinzip wenigstens, die Zwecke und die Ziele will, die allein das deutsche Volk vor dem Central retten können: Bundesstaatliche Einigung mit kräftiger Centralgewalt und einem deutschen Parlament. Also im Prinzip können wir mit Preußen gehen. Wir können aber auch nicht verbrechen und ich glaube, der Unbefangene muß zugeben, wir haben in offener und unverkennbarer Weise, aber auch in einer Weise, die jede absichtliche Feindseligkeit ausschließt, unsere Meinung ausgedrückt. M. H., ich will namentlich unter den jüngsten Umständen, die ich für meinen Theil für sehr kritisch halte, nicht näher auf die Stellung und das Verhalten der preußischen Regierung eingehen, das aber kann ich sagen: wenn man ein großes, ein schwieriges Werk vollenden will, dann muß man alle Kräfte anspannen; man muß mit aller Offenheit und rücksichtslos in die Bewegung hineingehen, man muß alle Kräfte, die das Volk in seiner Liebe zur Freiheit, zum Vaterlande und zur Einheit darbietet, benutzen, man darf nicht zaudern, nicht zögern und nicht schwanken. (Lebhafte Bravo.)

M. H.! Ich glaube, es ist Niemand in diesem Saal, der, wenn er auch hier und da glaubt, die Herren, welche die entscheidende Stimme geben, hätten eine schwierigere Stellung, als die Männer des Volkes, es ist Niemand, der seine Meinung ausdrückt, es muß es vorangeben, es muß den schönen Theorien träftige, praktische Handlungen folgen lassen. (Bravo.)

Die in weiteren Erörterungen einzugehen, will ich denjenigen, welche immer so bedenklich sind und alle möglichen Gefahren sehen, mit einem kräftigen Vorheben in deutlichem Sinne, nur einfach zwei Fragen vorlegen vom rein preußischen Standpunkte aus: es sehe die preußische Regierung hin: wer sind ihre Freunde, wer sind ihre Feinde, seien Sie hin! Die wenigen Freunde, es sind Baden, Sachsen-Weimar und Sachsen-Coburg, drei Staaten also, in welchen die Regierungen mit dem Volke gehen, vorangehen wollen im Sinne nationaler Entwicklung. Die drei Staaten stehen vorzugsweise auf Seiten Preußens, sie sind Freunde Preußens. Und wer sind die Gegner, die dem nationalen Streben entgegentreten, die da verächtigen und verleumden? Es sind diejenigen, die von jeher in Preußen den Jähn, der ihnen früher als gleichberechtigter Kollege quasi entgegenstand, der nun emporgetreten ist und wachsen will, um über sie das Scepter zu schwingen. Sie wissen seiner Zeit die Anerkennung eines deutschen Fürsten, der da sagte: „unter einen Habsburger stelle ich mich, unter einen Hohenzoller nie und nimmer.“ Es ist sicher, es sind kleinliche Rückstüte, die hier und da obwalten; es ist mit verbunden, die Rücksicht, daß Preußen geschichtlich und naturgemäß in sich den Verlust trägt; also die größte Gefahr bietet der Einigung des deutschen Vaterlandes auf Kosten dynastischer Interessen, und weil umgekehrt der andere Doppelstaat, Österreich, der Deutschland so viel Glanz gebracht hat, diese Gefahr nicht darbietet! darum der Feind gegen Preußen, vorwärts gegen Preußen. Ich bin sicher, wenn umgekehrt auch Österreich eine staatliche Einigung mit Parlament bilden wollte, die Mittel- und Kleinstaaten aber bis zum Kleinsten sollten sich fügen, sie alle würden sagen: nach Artikel 10 und so viel der Bundesakte sind wir gleichberechtigt, und geben kein Titelchen von unserm Rechte nach. Das deutsche Volk, nach ihm wird nicht gefragt. (Bravo!) Also, m. H.! im gewöhnlichen Leben folgt man dem Rath, dem Drängen der Feinde, oder folgt man der Mäßigung, dem guten Rathe der Freunde? Die einzige Frage, welche ich vorgelegt habe, die soll sich Jedermann vorlegen, der sich auf preußischen Standpunkt stellen will, obgleich nach meiner Ansicht jeder Deutsche und jeder preußische Patriot das höchste anerkennt: das große deutsche Vaterland; aber selbst vom preußischen Standpunkte aus muß er sagen, klar ist's: unsere Feinde raten uns gewiß nicht zum Guten, unsere wenigen Freunde wollen gewiß unser Bestes, abgesehen von der Stimme unsres Volkes, welche ja Preußen von allen Seiten zuruft und drängt, voranzugehen, nach dem hohen und herrlichen Ziele.

M. H.! Ich habe vorhin schon gesagt, allseitig wird anerkannt der unwiderstehliche Einheitsdrang des deutschen Volkes. Die identischen Noten wollen uns mit Hohn, mit lächerlichen Schein-Offerten abfinden, die preußische Regierung, sie bietet etwas, von dem sie glaubt, und von dem es möglich ist, daß es bei richtigem Entwickeln zum Guten führen kann. Gewiß ist das für Jeden, wenn ein unwiderstehlicher Drang einem Volke von 40 Millionen einwohnt, so kann dieser auf die Dauer nicht unterdrückt werden, und wenn es nicht gelingt, diesen Drang im Wege geistlicher Reformen zur Erfüllung zu bringen, wenn es nicht dem deutschen Nationalverein gelingt, im Wege friedlicher Agitationen die Sache voranzubringen, diesen unwiderstehlichen Drang zu befriedigen, was wird nach allen Lehren der Geschichte, was wird selbst nach den Lehren der Physik erfolgen? Wie die Dampfmaschine platzieren muß, der man den Ausgang verweht, so wird dieser Einheitsdrang des deutschen Volkes sich Luft machen. Wenn die Regierung nicht uns — die wir in gesetzlichem Wege nur friedlich unter Recht wollen, rechtgibt, so wird sie demnach zu sprechen haben mit anderen Periodizitäten, verborgen im Schooße der Zukunft, es wird zu anderen Auftreten kommen, die im allzeitigen Interesse bedauert werden müssen. Auch diesen Punkt mögen die Herren, die viel geben auf geschichtliches Recht, auf ruhige Entwicklung, auf Reformen, die sich sehr fürchten vor der Revolution, ruhig prüfen, und ich glaube, sie müssen uns zugeben, daß sie vorangehen müssen, wenn sie von ihrem Standpunkte aus auch vielleicht allzu ängstlich und zu zaghaft eine Reihe von Gefahren sehen. Ja, m. H., es ist unabweislich, bis das liebe deutsche Vaterland geeint ist, wird es manch Schwierigkeit, manches Opfer kosten. Ich bin aber außer Zweifel: Fried gewagt ist halb gewonnen. Voran an die Arbeit und sie muß gelingen. (Lebhafte Bravo.)

M. H.! Ich komme zum dritten Absatz des von Herrn v. Unruh und Genossen gestellten Antrages. Es wird hier angeführt, daß verschiedene Zeiten darthun, wie die nationale Bewegung doch nicht uniform wird. Es wird namentlich aufmerksam gemacht auf die vorher von mir schon angedeutete volksfreundliche Haltung verschiedener, leider kleiner Regierungen, aber auch auf einen Punkt, den ich namentlich für einen höchst erfreulichen halte, und von welchem ich überall in allen Theilen Deutschlands, außer Preußen, immer tüchtig Gebrauch mache. Es hat sich seit der letzten Zeit gezeigt, daß im preußischen Volke, welches zufolge seiner stärkeren Machtposition, gar leicht geneigt war, mehr sich auf sich selber zu stützen, die echte deutsche Idee zum Durchbruch gekommen ist. Die Bildung einer deutschen Fortschrittspartei im preußischen Abgeordnetenhaus, sie ist eine Thatache von nicht zu erkennender höchst erfreulicher Wichtigkeit. Ich, m. H., habe

nicht zurückgehalten mit meinen Gefühlen und mit meinen Antipathien. Ich habe überall mich hingelegt als einen Vertreter der Anschaungen, die ich von Jugend auf eingelogen habe, die ich mit meinen nächsten Landsleuten teile. Ich bin ein Süddeutscher; das sage ich aber offen und habe es überall erklärt, das preußische Volk, die Urvälen haben über alle Erwartung nach meiner Überzeugung die Schuldigkeit gethan, und ich will hoffen, obgleich ich meiner Sache nicht sicher bin, daß alle süddeutschen Volksstämme, das namentlich auch mein und des Herrn v. Dalwigk, Bevölkerung Hessens-Darmstadt's, Volksstamm auch Gleches leiste. (Lebhafte Bravo, Heiterkeit.)

M. H.! Sie erlauben mir zum Schluss — es ist vielleicht nicht ganz notwendig zur Sache gehörig — noch einige kurze Entwicklungen über die Stellung, welche nach meiner Ansicht der deutsche National-Verein einnehmen muß, um zum Ziele zu gelangen. Es sind dies nach meiner Idee drei Hauptzwecke: Vor allen Dingen — wie der Schluss dieser trefflichen Ansprache von Herrn Miquel fordert — Stein Bruch, Einigkeit unter den liberalen Fraktionen, wenn auch die Rechte und die Linke unter den verschiedenen Schattierungen noch so oft höchst ungestüm miteinander sind; denn ich sage Ihnen: es lautet ja ein dritter gemeinsamer Feind, es lautet die Junker- und Pfaffenpartei mit dem Zopfthum, die vernichten rechts und links! (Lebhafte Bravo.) Meine Herren, ich gehöre offen gesagt zur Linke des National-Vereins und gar manchmal geht es mir auch etwas langsam voran. Aber wenn ich mir sage: wenn du nun schön gehst und die Andern zurückbleiben und du stehst auf einen gemeinschaftlichen Feind, dann fallen mir die 10 Jahre der Reaction ein und ich bin dann mäuschenstill, und suche nur fortzuschaffen, daß das Hauptcorps auch mitkommt. (Heiterkeit.) Meine Herren, um aber gerecht zu sein, so darf ich mir erlauben, auch der rechten Seite der deutschen Nationalpartei zuzurufen: nur nicht zu viel bedacht und zu viel Bedenken, denn Ihr werdet Euch einer Zeit erinnern, wo Männer von ausgesuchten Herzen und tüchtigem Talent vernichtet wurden durch die öffentliche Meinung, ja daß sie niederrächtig behandelt wurden, weil sie zaubernd und zögerten, weil sie zu viel staatsmännische Befähigung zeigten wollten. Rechte voran! Linke langsam! (Lebhafte Bravo, Heiterkeit.)

M. H.! Das ist der eine Satz, ich denke, die Verschmelzung des Ganzen. Die Feinde werden wacker mitmachen, daß die nationale Sache gewinnen müssen. Sie werden am Ende das deutsche Blut, so langsam es im Gangen liegen mag, auch noch erhöhen, und ich vermuthe, es werden Zeiten kommen, wo wir Alle sagen werden: nur um Gotteswillen langsam voran, damit wir nichts verlieren; aber trotzdem auf jede Gefahr — voran! (Lebhafte Bravo.)

Der zweite Satz, den ich aufstelle, ist: nur nicht viel diplomatisieren, nur nicht zu viel erwarten pro und contra, als kräftige Volksmänner und wer den Beruf hat, als wahre Staatsmänner — bezüglich der Staatsmänner kann ich wirklich sagen, als deutsche Roggenbach's — gehandelt! Vorwärts! In dieser Beziehung, meine Herren, glaube ich nicht, daß es gut ist, wenn man z. B. das unbefriedbare Recht des deutschen Volkes auf bündestaatliche Einigung mit Centralgewalt und Parlament, wie es die preußische Regierung gethan, auf Art. 11 der Bundesverfassung stützt. Ich hätte mir gedacht, es laute besser, wenn es auf das geschichtliche, vielleicht hätte ich gesagt, auf das natürliche Recht zurückführt, ich würde erklärt haben: auf das in der Bewegung von 1848 und 1849 durch die deutsche National-Verfassung und Reichsverfassung verbrieft Recht des deutschen Volkes. Darauf hin — voran! (Lebhafte Bravo.)

Das Dritte ist gegenüber der Regierung, welche nach Lage der Sache einmal unser Schild in der Hand hat, — denn die Thatache ist nicht zu leugnen, ich sah hinter Schloß und Riegel, wenn diese nach meiner Ansicht allerdings etwas zu wenig energische preußische Regierung nicht sich als Schild vor die nationale Bewegung und somit auch vor mich hingestellt hätte. Aber, m. H., der wahre Dank des wahren Freundes besteht darin, daß er nicht feindselig, nicht bekämpft und verleidet, aber ernst und offen den Mahnruf richtet an die preußische Regierung: gehe voran, verläufe die richtige Zeit nicht, täusche dich nicht in der Meinung des deutschen Volkes, wirf dich in die Bewegung, lasch dich forttragen von ihr hin zu dem herlichen Ziel der bündestaatlichen Einigung, des lieben deutschen Vaterlandes. (Bravo!) Ich bin außer Zweifel, die Bewegung steht. Ich weiß nicht, ob ihre zeitigen Träger so glücklich sein werden, diesen Sieg selbst zu ersehnen, Eins steht mir aber felsenfest, entweder müssen wir — um das traurige Beispiel einer nahen Vergangenheit nicht zu wiederholen — siegen, oder mit Ehren untergeben; das Prinzip müssen wir wagen, das Programm müssen wir aufrecht erhalten, mit Fertigkeit und Energie; entweder gesiegt, dann genießen wir die Früchte, und ich sollte hoffen, wir genießen sie noch mit, oder aber ehrenhaft untergegangen, dann geben wird unser Nachfolger ein tüchtiges Beispiel, und dieses Beispiel wird zünden und es wird neu keimen die nationale Bewegung, und zum Schluss wird doch kommen das, was ich mir als höchstes Ziel vorstelle: Die freiheitliche Einigung des deutschen Vaterlandes! (Stürmisches Bravo.)

Das vierte ist gegenüber der Regierung, welche nach Lage der Sache einmal unser Schild in der Hand hat, — denn die Thatache ist nicht zu leugnen, ich sah hinter Schloß und Riegel, wenn diese nach meiner Ansicht allerdings etwas zu wenig energische preußische Regierung nicht sich als Schild vor die nationale Bewegung und somit auch vor mich hingestellt hätte. Aber, m. H., der wahre Dank des wahren Freundes besteht darin, daß er nicht feindselig, nicht bekämpft und verleidet, aber ernst und offen den Mahnruf richtet an die preußische Regierung: gehe voran, verläufe die richtige Zeit nicht, täusche dich nicht in der Meinung des deutschen Volkes, wirf dich in die Bewegung, lasch dich forttragen von ihr hin zu dem herlichen Ziel der bündestaatlichen Einigung, des lieben deutschen Vaterlandes. (Bravo!) Ich bin außer Zweifel, die Bewegung steht. Ich weiß nicht, ob ihre zeitigen Träger so glücklich sein werden, diesen Sieg selbst zu ersehnen, Eins steht mir aber felsenfest, entweder müssen wir — um das traurige Beispiel einer nahen Vergangenheit nicht zu wiederholen — siegen, oder mit Ehren untergeben; das Prinzip müssen wir wagen, das Programm müssen wir aufrecht erhalten, mit Fertigkeit und Energie; entweder gesiegt, dann genießen wir die Früchte, und ich sollte hoffen, wir genießen sie noch mit, oder aber ehrenhaft untergegangen, dann geben wird unser Nachfolger ein tüchtiges Beispiel, und dieses Beispiel wird zünden und es wird neu keimen die nationale Bewegung, und zum Schluss wird doch kommen das, was ich mir als höchstes Ziel vorstelle: Die freiheitliche Einigung des deutschen Vaterlandes! (Stürmisches Bravo.)

Da sich Niemand weiter zum Wort meldet, bringt der Präsident — nach Bekanntgabe eines Amendments des Schulvorstellers Rosenthal durch Hinweis auf das demselben zu Grunde liegende Missverständnis — die drei Punkte der von v. Unruh und Genossen vorgeschlagenen Resolution zur Abstimmung. Es erhebt sich die ganze Versammlung. (Fort. folgt.)

## Preußen. Landtags-Verhandlungen.

### 6. Sitzung des Herrenhauses vom 4. März.

Präsident Prinz zu Hohenlohe eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr. — Am Ministerialen Graf Schwerin, v. Bernuth, Graf Büttner, später v. Roos, v. d. Heydt, Regier. Commissar Justizrat Friedberg. — Die Tribünen sind sämtlich besetzt. Graf Schulenburg-Hessler, hr. v. d. Busche-Streitkörner, Reg.-Rath Eiselen sind als neue Mitglieder eingetreten.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation des Fürsten W. Radziwill und Genossen: „Was in Bezug auf die im Großherzogthum Polen bestehenden landschaftlichen Kreditvereine geschehen sei.“

Minister des Innern erklärt sich bereit, die Interpellation sogleich zu beantworten.

Fürst W. Radziwill, der dieselbe begründet, bleibt bei der Unruhe des Hauses auf der Tribüne unverständlich.

Minister Graf Schwerin antwortet die Interpellation in einer langen Ausführungsrede, in welcher er nachweist, daß es bei der rechtlichen und thatächlichen Lage der Verhältnisse der Regierung nicht möglich gewesen sei, auf den schon früher gestellten Antrag des Interpellanten einzugehen; sie habe sich bemüht, die bestehenden beiden landstädtischen Kredit-Institute in der Provinz Polen zu vereinigen, habe aber die Grundlage für diese Vereinigung nicht finden können, da die Landschaft die Bedingungen der Regierung zurückgewiesen. Auch jetzt glaubt die Regierung eine Änderung zum Besseren nur in der Vereinigung der beiden bestehenden Institute zu erblicken und auf Grund derselben werde ein neues Reglement eben jetzt ausgearbeitet. Dann werde es von der Landschaft abhängen, ob dieses Reglement ins Leben trete. Die Voraussetzung des Interpellanten, daß die Regierung sich durch politische Aufregung habe bestimmen lassen, sei unrichtig. Die Regierung wisse, was ihre Pflicht sei, und werde sich durch politische Bedenken nicht beeinflussen lassen. Sollte man ihr aber mit dem Bürgerkrieg drohen, so wisse sie, was sie zu thun habe; sie werde sich auf dasjenige Organ der preußischen Regierung stützen, welches diese Aufregung mehr zu verhindern sucht.

Herr v. Radziwill, der dieselbe begründet, bleibt bei der Unruhe des Hauses auf der Tribüne unverständlich.

Minister des Innern erklärt sich bereit, die Interpellation sogleich zu beantworten.

Fürst W. Radziwill, der dieselbe begründet, bleibt bei der Unruhe des Hauses auf der Tribüne unverständlich.

Minister des Innern erklärt sich bereit, die Interpellation in einer langen Ausführungsrede, in welcher er nachweist, daß es bei der rechtlichen und thatächlichen Lage der Verhältnisse der Regierung nicht möglich gewesen sei, auf den schon früher gestellten Antrag des Interpellanten einzugehen; sie habe sich bemüht, die bestehenden beiden landstädtischen Kredit-Institute in der Provinz Polen zu vereinigen, habe aber die Grundlage für diese Vereinigung nicht finden können, da die Landschaft die Bedingungen der Regierung zurückgewiesen. Auch jetzt glaubt die Regierung eine Änderung zum Besseren nur in der Vereinigung der beiden bestehenden Institute zu erblicken und auf Grund derselben werde ein neues Reglement eben jetzt ausgearbeitet. Dann werde es von der Landschaft abhängen, ob dieses Reglement ins Leben trete. Die Voraussetzung des Interpellanten, daß die Regierung sich durch politische Aufregung habe bestimmen lassen, sei unrichtig. Die Regierung wisse, was ihre Pflicht sei, und werde sich durch politische Bedenken nicht beeinflussen lassen. Sollte man ihr aber mit dem Bürgerkrieg drohen, so wisse sie, was sie zu thun habe; sie werde sich auf dasjenige Organ der preußischen Regierung stützen, welches diese Aufregung mehr zu verhindern sucht.

Herr v. Radziwill, der dieselbe begründet, bleibt bei der Unruhe des Hauses auf der Tribüne unverständlich.

Minister des Innern erklärt sich bereit, die Interpellation sogleich zu beantworten.

Fürst W. Radziwill, der dieselbe begründet, bleibt bei der Unruhe des Hauses auf der Tribüne unverständlich.

Minister des Innern erklärt sich bereit, die Interpellation in einer langen Ausführungsrede, in welcher er nachweist, daß es bei der rechtlichen und thatächlichen Lage der Verhältnisse der Regierung nicht möglich gewesen sei, auf den schon früher gestellten Antrag des Interpellanten einzugehen; sie habe sich bemüht, die bestehenden beiden landstädtischen Kredit-Institute in der Provinz Polen zu vereinigen, habe aber die Grundlage für diese Vereinigung nicht finden können, da die Landschaft die Bedingungen der Regierung zurückgewiesen. Auch jetzt glaubt die Regierung eine Änderung zum Besseren nur in der Vereinigung der beiden bestehenden Institute zu erblicken und auf Grund derselben werde ein neues Reglement eben jetzt ausgearbeitet. Dann werde es von der Landschaft abhängen, ob dieses Reglement ins Leben trete. Die Voraussetzung des Interpellanten, daß die Regierung sich durch politische Aufregung habe bestimmen lassen, sei unrichtig. Die Regierung wisse, was ihre Pflicht sei, und werde sich durch politische Bedenken nicht beeinflussen lassen. Sollte man ihr aber mit dem Bürgerkrieg drohen, so wisse sie, was sie zu thun habe; sie werde sich auf dasjenige Organ der preußischen Regierung stützen, welches diese Aufregung mehr zu verhindern sucht.

Herr v. Radziwill, der dieselbe begründet, bleibt bei der Unruhe des Hauses auf der Tribüne unverständlich.

Minister des Innern erklärt sich bereit, die Interpellation sogleich zu beantworten.

Fürst W. Radziwill, der dieselbe begründet, bleibt bei der Unruhe des Hauses auf der Tribüne unverständlich.

Minister des Innern erklärt sich bereit, die Interpellation in einer langen Ausführungsrede, in welcher er nachweist, daß es bei der rechtlichen und thatächlichen Lage der Verhältnisse der Regierung nicht möglich gewesen sei, auf den schon früher gestellten Antrag des Interpellanten einzugehen; sie habe sich bemüht, die bestehenden beiden landstädtischen Kredit-Institute in der Provinz Polen zu vereinigen, habe aber die Grundlage für diese Vereinigung nicht finden können, da die Landschaft die Bedingungen der Regierung zurückgewiesen. Auch jetzt glaubt die Regierung eine Änderung zum Besseren nur in der Vereinigung der beiden bestehenden Institute zu erblicken und auf Grund derselben werde ein neues Reglement eben jetzt ausgearbeitet. Dann werde es von der Landschaft abhängen, ob dieses Reglement ins Leben trete. Die Voraussetzung des Interpellanten, daß die Regierung sich durch politische Aufregung habe bestimmen lassen, sei unrichtig. Die Regierung wisse, was ihre Pflicht sei, und werde sich durch politische Bedenken nicht beeinflussen lassen. Sollte man ihr aber mit dem Bürgerkrieg drohen, so wisse sie, was sie zu thun habe; sie werde sich auf dasjenige Organ der preußischen Regierung stützen, welches diese Aufregung mehr zu verhindern sucht.

Herr v. Radziwill, der dieselbe begründet, bleibt bei der Unruhe des Hauses auf der Tribüne unverständlich.

Minister des Innern erklärt sich bereit, die Interpellation sogleich zu beantworten.

ren oder unmöglich zu machen. Einem solchen Gesetze möchte er die vorhandenen Verfassungssatzel nicht opfern.

Präsident Prinz Hohenlohe übernimmt wieder den Vorsitz.

Dr. Götz sei nach den Begriffen des Constitutionalismus unabweislich; es müsse den Ministern, indem es sie der Controle der Kammer unterwerfe, eine festere Stellung gegenüber dem regierenden Herrn verschaffen, und führe zuletzt zu Zuständen, wie man sie in England sehe, wo ein Minister einmal sogar die Änderung des Hofstaates im Sinne seiner Partei verlangt habe. Es führe zur parlamentarischen Regierung, und deshalb sei er gegen das Gesetz. Uebrigens erkenne er mit grohem Danke gegen das Ministerium an, und namentlich gegen den Justizminister, daß man den § 61 im conservativen Sinne geändert. Das Hauptbedenken finde er darin, daß in der Vorlage eine Beschränkung der königlichen Machtvolkmehrheit enthalten sei. Ohne dringende Noth möchte er kein neues Gesetz vorstellen, und noch weit weniger wolle er die Prätrogative der Krone geschrämt wissen, auf deren Kraft Preußens Macht beruhe.

Der Präsident schließt die Generaldiscussion. Mr. Grimm widerlegt einige Behauptungen der einzelnen Vorredner. Der Präsident schließt die Sitzung nach 3 Uhr, indem er diefelbe auf morgen, Mittwoch 11 U. vertagt.

3 Berlin, 4. März. [Der Ministerwechsel in Turin.] — Das Einverständnis Preußens mit Österreich. Nach der gegenwärtigen Stellung Italiens ist ein Ministerwechsel in Turin ein Ereignis von hoher Wichtigkeit, namentlich wenn man weiß, daß, wie im vorliegenden Falle, zahlreiche Triebfedern von außen und von innen in Bewegung gesetzt worden sind, um die Krisis herbeizuführen. Ich will Ihnen die Untersuchungen nicht vorenthalten, nach denen man in hiesigen politischen Kreisen die turiner Vorgänge beurtheilt. Baron Ricasoli gilt im Wesentlichen für einen aufrichtigen und entschlossenen Führer der Cavour'schen Politik, soweit dieselbe die Idee der italienischen Einheit verfolgte. Aber es fehlen ihm die persönlichen Eigenschaften, vermöge deren sein großer Vorgänger nicht bloß die Parteibewegung zu leiten, sondern auch dem König Victor Emanuel und selbst dem Kaiser Napoleon zu imponieren verstand, ohne nach der einen oder der anderen Seite einen ernstlichen Bruch herbeizuführen. Schon seit einiger Zeit war Ricasoli am turiner Hofe, wie in den Tuilerien zur persona ingratia geworden, und die letzten Reibungen mit dem König, welche die Krisis zum Ausbruch brachten, erscheinen nur als Schluss-Akt eines lange vorbereiteten Prozesses. Zu denjenigen Motiven, welche in letzter Zeit die französische Diplomatie veranlaßten, mit allem Nachdruck auf den Sturz Ricasoli's hinzuarbeiten, rechnet man in oberster Linie, daß dieser Staatsmann den jüngsten Volksdemonstrationen in Bezug Rom und den sonstigen Unternehmungen der Agitations-Partei einen allzu passiven Widerstand entgegenstellte. Napoleon III. verlangte in Turin einen leitenden Minister, welcher für die Rücknahme auf das französische Bündniß und auf die Erhaltung des Friedens mehr Garantien böte, als Ricasoli. In Ratazzi glaubte das Tuilerien-Kabinett den richtigen Mann gefunden zu haben, und deshalb wurde auch von den offiziösen pariser Blättern dessen Berufung wiederholentlich lebhaft empfohlen. Da im gegenwärtigen Augenblick der französische Einfluß in der Richtung einer friedlichen Politik steuert, so ist es wahrscheinlich, daß Ratazzi mit einem Programm auftritt, welches die Entwicklung des Annexions-Prozesses vertagt und der inneren Consolidation des italienischen Reiches die ganze Aufmerksamkeit der Regierung zuwendet. Man glaubt, daß ein solches Programm die Anerkennung Italiens von Seiten Preußens beschleunigen würde. — Die Angaben des „Dresden. Journ.“ über das Einvernehmen Preußens und Österreichs bedürfen noch der Bestätigung und besonders der näheren Erläuterung. Hier stellt man jedes Zugehörniß an die Auffassungen und Vorschläge Österreichs in Abrede, und hat auch noch keine amtliche Kenntnis von den neuesten Beschlüssen des wiener Kabinetts. Nach den Versicherungen der im „Dresden. Journ.“ enthaltenen wiener Correspondenzen hat Österreich durch die Zustimmung zur rückhaltlosen Herstellung der Verfassung von 1831 sich dem preußischen Standpunkt genähert, und dadurch würde ein gemeinsamer Antrag am Ende möglich, um das dort liegende Hinderniß für die Herstellung des Rechtszustandes aus dem Wege zu räumen. Daß Preußen die Wahlordnung von 1849 geopfert habe, wird sich schwerlich bewahrheiten. (Wir fürchten sehr das Gegenteil. D. R.)

\*\* Berlin, 4. März. [Der volkswirtschaftliche Congress. — v. Winckel-Hagen.] Am Sonnabend und Sonntag war hier der ständige Ausschuß des Congresses deutscher Volkswirthschaft versammelt, um über Zeit, Ort und Tagesordnung der diesjährigen Versammlung des Congresses zu beschließen. Die Versammlung findet nach den gefaßten Beschlüssen vom 8. bis 11. September statt. Als Ort der Versammlung war Würzburg in Aussicht genommen, jedoch ist man, nachdem man sich vergewissert, daß die Versammlung der deutschen Land- und Forstwirthschaft in diesem Jahre in Würzburg stattfindet, von diesem Beschuße wieder abgegangen, um nicht die Congresse an einem Orte zu häufen. Die Bestimmung über den Ort bleibt vorbehalten. Auf die Tagesordnung sind folgende Gegenstände gestellt: 1) Gewerbefreiheit und Freizügigkeit; Berichte über die Gesetzgebung, Verhandlung über die Freiheit der sog. wissenschaftlichen Gewerbe (der Advokaten, Aerzte &c.); 2) Zollvereinsgesetzgebung, und zwar a. die Frage wegen Reform der Verfassung des Zollvereins, b. der deutsch-französische Handelsvertrag, c. der Tarifzoll und die Zölle fürbaumwollene Waaren, d. die Übergangsaufgaben, e. die Besteuerung des Zuckers, f. die mecklenburgischen Grenzzölle; 3) Bankfrage, Freiheit des Bankgewerbes und Bankgesetz; 4) Genossenschaftswesen: soziale Selbsthilfe, und zwar a. Erhaltung und Sicherung der Arbeitskraft, b. Erhaltung und Erlangung wirtschaftlicher und gewerblicher Selbstständigkeit auf genossenschaftlichem Wege; 5) Patentgesetzgebung, einleitende Berichte über diesen Gegenstand. — Der Herr v. Winckel (Hagen) hat auf die Anfrage, ob er ein in einem schlechten Wahlkreise erledigtes Mandat jetzt annehmen werde, eine ablehnende Antwort ertheilt, da die Vormundschaft für seinen Neffen noch seine ganze Zeit in Anspruch nehme.

Münster, 1. März. [Die Studirenden gegen die deutsche Flotte.] Vorigestern hat in der akademischen Aula eine überaus zahlreiche Versammlung der an hiesiger Akademie Studirenden stattgefunden. Der erste Gegenstand der Beratung war die von der Berliner Hochschule wie an alle deutschen Universitäten, so auch an unsrer Akademie gestellte Auflösung, sich an der Sammlung von Gaben „für die deutsche Flotte unter preußischer Führung“ zu beteiligen. Mit Stimmenmehrheit ward der Beschuß gefaßt, dieser Auflösung nicht Folge zu leisten und die Motive dieser Auflösung in einer Adress an die Berliner Universität eines Nächsten darzulegen. Den zweiten Gegenstand der Discussion bildete der Vorschlag, an die Studirenden zu Bonn, welche die bekannte, vom 19. Februar datirte, die Paritätfrage betreffende Adress an den Curator der dortigen Universität, Herrn Böeler, unterzeichnet hatten, ein Zustimmungsschreiben zu erlassen. Der Vorschlag ward mit großer Majorität angenommen.

### Deutschland.

München, 1. März. [Die „Kreuzzeitung“ vom „Volksbote“ gelobt.] Der „Münchener Volksbote“, das preußenseitliche Blatt in Deutschland, ist von dem Angriff, welches das Berliner Organ gegen die deutsche Politik der preußischen Regierung gerichtet, gar angenehm berührt. Der „Volksbote“ sagt:

„Die Berliner Staatsweisen könnten, wenn sie nicht völlig mit Blindheit geschlagen sind, denn doch zu dieser Zeit gemerkt haben, daß sie mit ihrer Phantasie von einem „engeren Bunde“ und mit ihren Spiz-Gefüßen in Deutschland vollständig aufzutzen. In der That sagt's ihnen im eigenen Hause die „Kreuzzeitung“ deutlich heraus, scheint aber vor der Hand tauben Ohren zu predigen. Sie schreibt: „Kein vernünftiger Mensch kann bezwe-

seln, daß auch Österreich dasselbe Recht hätte, einen engeren Bund im deutschen Staatenbunde zu schließen, wie Preußen es für sich in Anspruch nimmt. Keiner hat es, — oder einer wie der Andere. Was kann aber bedeutsamer sein für Preußen und Deutschland, als die etwaige Durchführung eines solchen Planes? Bürgerkrieg und Einnahme des Auslands — das wären unzweckhaft die Folgen. .... Und gerade jetzt dies Programm des engeren Bündnißses! Da neben dem Herzog von Coburg, der eben nach Afrika gereist, nur vielleicht noch einige kleinere Staaten uns zur Seite stehen? Wir wußten und wissen ja doch, daß die Mehrzahl der deutschen Regierungen leider (sic!) mehr zu Österreich sich hinneigt, als zu uns — was proklamiren wir in solcher Zeit unsere Bündnispläne, die zunächst nichts beweisen als — unsere Vereinzelung?“

Dieselbe „Kreuzzeitung“ hat sich zwar erst vor ein paar Tagen sehr über den einspännigen Druckschluß der geärgert, von dem der „Volksbote“ gesprochen, aber ihre obigen letzten Worte, — was sind sie anders als das Eingeständniß, daß Niemand, außer vielleicht ein paar ganz Kleinen, in selbiges Führer des Grafen Bernstorff einigen mag? Der Ärger scheint jedoch bei der „Kreuzzeitung“ dem ruhigeren Verstande Platz gemacht zu haben. Was sie aber eingangs von „vernünftigen Menschen“ sagt, mag sich Gr. B. zu Gemüthe führen.“

Außer diesem ultramontanen und während antipreußischen Blatte sind es nur die der „Würzburger Politik“ anhängenden Journale, welche die „Kreuzzeitung“ zu Genossen hat in ihren Ausstellungen an der Haltung des preußischen Kabinetts.

Gotha, 3. März. [Hofnachricht.] Der Herzog und die Herzogin sind, der „Goth. Ztg.“ zufolge, gestern Nachmittag nach einer bei ungünstigem Winde zurückgelegten Fahrt glücklich in Korsfu angekommen.

### Frankreich.

Paris, 2. März. [Rede des Prinzen Napoleon.] Der Prinz Napoleon hat gestern im Senat seine große Rede für das eine ungetheilte Italien gehalten, ohne daß er, wie am 22. Febr., von Anfang an durch systematische Störungen auf Schritt und Tritt gehemmt wurde. Nur La Rochejacquelein zeigte auch diesmal wieder starke Neigung, durch giftige Einschübel Skandal herbeizuführen; doch ließ der Prinz sich nicht zu neuem Streit verlocken. Allerdings hat die Rede des Prinzen einen guten Theil ihrer politischen Bedeutung dadurch verloren, daß der Minister Villault sich beeilte, unmittelbar nach derselben die Erklärung abzugeben, „die Regierung habe mit der Politik des Prinzen, was das unmittelbare Ziel derselben betrifft, nichts gemein, sie werde jedoch zu einer anderen Zeit ihre Ansicht in ausschließlichster Weise kund geben.“ Die Sitzung war mit einer Rede des Cardinals Donnet eröffnet worden, der für vollständige Unabhängigkeit des Papstes plaidirt, damit er vollkommen frei in geistlichen Angelegenheiten handeln könne; zugleich pries der Cardinal die römische Kurie, die, auf Gott und die Zeit rechnend, sich weigerte, auf irgend eine Bedingung sich einzulassen. Der Senat nahm hierauf in einer Zwischenpause noch einen dringlichen Beschuß an, indem er dem Minister des Innern einen Credit von zwei Millionen bewilligte, die zur Unterstützung gemeinnütziger Communal-Arbeiten und zur Vertheilung an die Wohlthätigkeits-Institutionen bestimmt sind. Hierauf erhob sich der Prinz Napoleon und sprach:

Meine Herren! Ich will nicht mehr, als die Redner, denen ich antworte, die Discussion aufzurufen, aber ich werde, im Gegenzug zu ihnen, so bestimmt und unzweideutig mich ausdrücken, wie es ihre Schlussfolgerungen nur in sehr geringem Grade waren. Die Brämen des Hrn. Bonjean gefielen mir; seine historischen Rückblicke auf die Nachtheile der weltlichen Gewalt in Rom sind mir aus der Seele gesprochen. Wenn daraus aber bloß der Schluß gezogen wird, der Papst solle in Rom regieren ohne zu governieren, so kann dies unmöglich ernstlich gemeint sein, da dies bloß eine der seit zwei Jahren geprüften Umgestaltungen des zum Bastard herabgedrückten Verweserthums wäre. Dieser Plan erwies sich unpraktisch und unfruchtbart, sobald es galt, ihn auszuführen und der sättlische Regierung des Königs von Italien die Gewalt, dem Papste den Schein der Gewalt zuzuwiegen. Und hat die römische Kurie nicht selber erklärt, sie könne sich darauf nicht einlassen? Was blieb nach dieser Weigerung noch zu thun übrig? Was ich Ihnen sofort beweisen werde: nichts als die Überprüfung der französischen Truppen von Rom. Man hat meiner Lösung Radicalismus vorgeworfen; ich gebe zu, das meine Lösung radical ist. Ich gebe nun auf Hrn. v. La Gueriniere über. Nachdem er mit bereiteten Kloßeln alter Welt Artigkeiten gefaßt, Italien, wie dem Papstthume, Pius IX. und Victor Emanuel, Cavour und Antonelli, die sicher sehr verwundert sind, in diesem Blumenkränze bejähmten zu figurieren, worauf kommt er dann? Er sagt: Es ist die nichts zu machen, als im Status quo zu bleiben und zu warten. Das ist aber keine Lösung, sondern ein Ohnmachts-Zeugnis, das mit pomphaften Redensarten verummißt wird, hinter dem aber nichts steht. (Gelächter.) Also, die Regierung soll warten! Warum? Bis die Gemüthe in Italien noch erbitterter, die Aufregung noch größer ist? Und im Namen des Friedens rathet man dieses meinem Vaterlande, das ich beschwore, nicht darauf einzugehen. Es gilt vor Allem, den Gemüthen Ruhe zu schaffen und deshalb die römische Frage zur Entscheidung zu bringen: diese Frage hat bereits Unheil genug gelitten. Sobald Frankreich eine unzweideutige Lösung beschließt, wird Alles wieder ruhig werden. Ich halte in der That die Aufruhr in Frankreich für keine wirkliche; die clericalen Partei nimmt die Religion zum Vorwande, um zu wöhnen. Wollte ich die Worte gewisser Bischöfe hier mittheilen, so gäbe ich wieder Del in Feuer; aber ich wiederhole es, die jetzige Aufruhr kommt nicht aus der Tiefe; sobald der Kaiser sich zu unserer Lösung entschloß, würde er Frankreich und ganz Europa den größten Dienst leisten, denn sofort wäre es am Ende mit dieser gemachten Aufregung. Mit Bedauern vermissen ich einen Namen in der Adresse, doch ich will so vorsichtig, wie sie sein und, unbeschadet der Zukunft hinzuzeigen, daß der Name Benedix hier heute nicht ausgesprochen werden darf. Unentnuthigt, doch nicht ohne Bitterkeit betrat ich die Rednertribüne. Ein volles Jahr ist seit dieser Frage hier verhandelt ward, wiederum ohne eine Lösung vergangen. Im Jahre 1861 verschiel ein großer Mann, und sofort erkannte der Kaiser Italien an, seinem ganzen jetzigen Umfange nach, ohne Rom jedoch und ohne Benedix. Aber Italien ist kein Stück Kaufhül, das man je nach Verhältnissen groß und klein machen kann! Vor einem Jahre hieß es: Habt Geduld, Ausdauer führt ans Ziel. Nun wohl, hat der Kaiser nicht Alles aufgebogen, um zu einer Lösung zu gelangen? Und doch hat er von Rom nichts erlangt! Ein Jahr nach dem anderen vergeht, und Jahrhunderte werden vergehen, ohne daß die römische Kurie nachgibt, denn sie gibt niemals nach, muß es, wenn sie Furcht bekommt. Endlich, kurz vor Eröffnung des Senates, hat die Regierung zu Anfang Januar einen neuen Schritt gethan, einen sehr mahvollem. (Redner verließ nun Thouvenel's Depeche an Lavalette, begleitet dieselbe mit einigen Bemerkungen, um zu zeigen, daß die römische Kurie nichts thun wolle, daß sie dies jetzt definitiv erklärt habe.) Was folgt daraus? Das die römische Kurie für ihre weltliche Macht sich ruhig unserer Streitkräfte bedient, während sie unsere Rathschläge eben so ruhig bei Seite schiebt. Sie wartet zu, im Zwischenrufe ruht Ihre Stärke. Warum? Sie höft nicht, Frankreich werde ihr das verlorene Gebiet zurückerobern helfen; dazu kennt sie Frankreichs Stimmung zu gut; auch ihrer eigenen Schwäche ist sie sich wohl bewußt, doch sie dent: bleiben wir im Status quo, halten wir Italien fortwährend in Aufregung; es kommt ein Moment, wo es Sturm giebt, dann, wenn Italien uns vielleicht auch Frankreich geschlagen werden, kann eine fremde Armee uns unsre Staaten zurück erobern! Es liegt auf der Hand, man wartet auf Österreich, und dies bestärkt die Kurie in ihrem Widerstande. Dieses Non possumus wird sie nun denjenigen entgegen, die zu Concessione rathe, doch sobald ihr die Notwendigkeit entgegentriert, so dent sie nicht mehr daran, daß sie eigentlich nicht könnte. Sie beutet die katholischen Gefühle Frankreichs und des Kaisers aus, um uns in diese furchterliche Lage zu bringen, wo die Facel der Zwietracht auslodert. Ich liebe die Freiheit der Völker und war deshalb hier gegen mein eigenes Herz misstrauisch; ich habe deshalb meine Gründe nicht in meinem Herzen, sondern bei den Geschichtschreibern gefügt, die über das Papstthum berichten; ich habe sie ferner in den geheimen Archiven der Diplomatie gefügt, und ich beschäftige mich seit geraumer Zeit mit einer Arbeit über diese Frage. Ich bin hinaufgegangen bis zu den Depeschen der Gesandten in Rom, die an die ältere Linie der Bourbons vor 1789 gerichtet wurden, um Ihnen zu zeigen, daß ich nicht an Ihre Leidenschaften, sondern an Ihre Vernunft mich wende. (Der Prinz bringt nun eine ganze Reihe von Depeschen vor, um zu belegen, daß die französische Regierung seit Jahrhunderten mit dem Papstthume einen schweren Stand hatte.) Schon 1669 schreibt der Herzog von Chaulmes, daß die römische Kurie, wenn sie fortwährt, bald mit der weltlichen Regierung am Ende sein werde.

Also schon vor fast zweihundert Jahren war die päpstliche Regierung nichts mehr werth, und wenn sie immer so schlecht seitdem blieb, so folgt daraus, daß dies in ihrer Natur, nicht in ihrem guten oder schlechten Willen begründet ist. (Der Prinz legt hierauf eine Depesche vom Cardinal de Bernis vom 4. Sept. 1771 vor, wonin es heißt, im Kirchenstaate gebe Alles wie im Kloster her, Alles sei Geheimnis, Intrigue, Missbrauen. Am 30. Jan. 1779 schreibt derselbe Cardinal-Gesandte, in Rom sei Alles Agiotage, Alles Rätselheit. Und am Vorabende der Revolution, 1782, schreibt er: „Die Situation wird täglich trügerisch, und ich fürchte, Pius VI. kostet seine Regierung viele Thränen.“ Nachdem der Prinz noch eine Reihe ähnlicher Auszüge aus bourbonischen Gesandten-Berichten vorgelesen hat, geht er zu den Documenten über, die aus Napoleon's I. Zeit stammen; sie alle melden, daß die weltliche Seite des Papstthums unerträglich sei. Besonders ausführlich geht der Prinz auf den Bericht des Herzogs von Cadore vom 13. Februar 1810 ein, den er als Napoleons I. innerste Ueberzeugung darstellt bezeichnet; dieser Bericht schließt mit dem Satze, die römische Kurie habe den Kaiser in die Alternative gebracht, wo er entweder sich gegen die geistliche Gewalt des Papstthums erheben oder die weltliche Gewalt derselben vernichten müsse. Schließlich las der Prinz ein Rundschreiben Napoleons I. an die Bischöfe vom 13. Juli 1810 gegen die religiösen Aufhebungen vor, die damals in Frankreich begannen. Sodann lißt der Prinz Auszüge aus den Gesandtschafts-Berichten unter der Restaurierung folgen, unter denen sich Chateaubriand's Depeschen auszeichnen; diese Belegstücke sollen sämmtlich dem Satze dienen, daß jede Verbesserung der römischen Regierung unmöglich, jede Reform eben hier ein Unsinn sei. Nachdem der Prinz sodann die Vorgänge seit der Belebung Roms skizziert und gezeigt hat, welche Opfer Frankreich dem Papstthume gebracht, um dafür nichts, gar nichts zu erlangen, als: „Wir warten auf eure Niederlage, und wir werden Alles durchsetzen, wenn ihr dummen genug seid, uns den Status quo zu erhalten!“ geht er auf die Frage über, ob Italien notwendig Rom haben müsse. Er sagt: Eine italienische Einheit ohne Rom ist keine Einheit. Selbst meine politischen Gegner werden mir zugeben, daß die Bevölkerung von Italien sich durch Mäßigkeit und Ruhe ausgezeichnet hat. Fragen Sie aber die rubigsten, gemäßigtesten Italiener, wenn sie an Italien glauben, sie werden Ihnen sagen, daß die jetzige Situation unhalbar sei, daß sie nur eine Übergangszeit sein könne. Zwar sagt man: Rom gehört nicht den Römern und nicht den Italienern, es ist eine Art Gemeingut der ganzen katholischen Welt! Dies aber ist eine politische Nezerei, die nicht Stich hält vor der Kritik, wie mir jeder Staatsmann zugeht wird, der die Frage nur vierundzwanzig Stunden studirt hat. Der Kirchenstaat ist so wenig ein katholisches Fideicommiss, daß ein Papst dem anderen hinterlassen muß, daß im Gegenteil auf dem wiener Frieden drei protestantische und eine schismatische Macht bei seiner Schöpfung mit thätig waren. In der That aber muß man sehr wenig Verstand haben, um zu glauben, die weltlichen Beispiele der Kirche seien eine göttliche Einsetzung und so zu sagen vom Himmel herabgefallen mit ihren sämmtlichen Grenzbestimmungen, die vom Evangelium selbst vorgezeichnet seien. Nein, Rom darf kein Ausnahmerecht beanspruchen. Daß Kirchenfürsten vielleicht ihren Senator-Charakter vergeben, um nur ihrer Robe zu gedenken, mit der sie beliebt sind, und zu die weltliche Gewalt des Papstes über Alles erheben, begreift ich gar wohl; es ist dies gewissermaßen ein Argument des Gefühls und nicht des Verstandes. Ich wende mich daher nicht an Sie mit meiner Entgegnung, sondern ich wende mich an die öffentliche Meinung. Die Regierung des Papstes hat keinen anderen Charakter, als die übrigen Regierungen. Die Römer haben dieselben Rechte, wie die Mailänder und die Pariser, und wenn Sie von ihrem Rechte Gebrauch machen, um ihren Souverän zu vertreten, so würden Sie nichts weiter thun, als was Andere auch gethan haben. Sie würden nichts weiter thun, als was die Völker in Belgien und Italien gethan haben, und Europa bat anerkannt, daß sie das Recht dazu hatten, es zu thun. Aber die Einheit Italiens ist eine alte Idee; alle großen Italiener seit dem 13. Jahrhundert wollten ein einiges Italien. Von Napoleon I. gilt dasselbe, und auch die Handlungen Napoleons III. werden vielleicht gegen seinen Willen von der Idee der italienischen Einheit beherrscht. Als der Kaiser nach Italien ging, sagte er, Italien solle frei sein bis zur Adriatic, es solle sich selbst wiederergeben werden. Warum gibt man nun den Italienern jenen kleinen Landstrich nicht, der ihnen noch fehlt, um frei zu sein, Rom nämlich und sein Gebiet? Man wird mir einwenden, daß ja auch noch Venetia fehlt. Diesen Einwand lasse ich nicht gelten. Ich bitte zu bedenken, daß unsere Truppen nicht in Venetia stehen. Ständen sie dort, zu Mantua und Verona, so würden wir eben so nachdrücklich fordern, daß diese Beispiele der italienischen Einheit zurückgegeben würden. In seiner mailändischen Proclamation spricht der Kaiser zu den Italienern: „Seid heute nur Soldaten, morgen werdet ihr die freien Bürger eines großen Landes sein!“ Läßt sich der Gedanke der Einheit klarer ausdrücken? Wenn die Bewohner Roms, das Gewebe in einer und die anderen Provinzen annehmen, werden sie dann nicht der Stimme eines großen Herrschers gehorcht haben? Wie stehen aber die Sachen heute? Rom ist in unseren Händen, und wir können die römische Frage entscheiden. Von der Haltung Frankreichs in dieser Frage hängt mehr oder weniger die Ruhe Italiens ab. Wenn wir in Rom bleiben, so wird die Agitation gefährlicher Proportionen annehmen. Wer wird die italienische Einheit zerstören? Entweder Österreich oder wir. Ich will Ihnen nicht die Beleidigung antheilen, daß Sie eine österreichische Intervention wünschen wollten. Nein, ich weiß meine Gegner zu achten, und wir alle sind Franzosen. Aber dieser Lage muß ein Ende gemacht werden; es ist das eine politische Notwendigkeit. Die Lage ist unerträglich für Italien, für Frankreich, für Europa. Wir müssen die Agitationen beendigen, und dazu gibt es nur ein einziges Mittel: die Räumung Roms. Und haben Sie auch wohl bedacht, in welche Stellung unsere braven Soldaten in Rom vielleicht schon nötig gerathen könnten? Wollen Sie unsere Soldaten in die Gendarmen einer Macht verwandeln, über welche die Geschichte den Stab gebrochen hat? Sollen sie gänzlich sein, eine Regierung zu vertheidigen, die in allen von der Regierung ihres Kaisers ausgegangenen Schriftstücken getadelt wird? eine Regierung, welche alle edelmütigen Rathschläge, die man ihr ertheilt, verkennt? Nein, niemmermehr!

Ich habe nur noch ein paar Worte hinzuzufügen. Ich habe mich bemüht und werde mich auch ferner bemühen, bei der von mir angedeuteten Lösung die religiöse und geistliche Seite der Frage gar nicht zu berühren. Die Religion gehört nicht in diese Debatte. Wir haben sie nicht zu richten, noch zu tadeln; wir erklären, daß sie unserer Achtung würdig ist; aber wir wollen uns nicht von ihr in unserer Politik betreiben lassen. Jene Politik, welche stets das Geistliche mit dem Weltlichen vermengt, ist nicht die unserige, und nicht wir sind es, welche den Kaiser Herodes nennen. Was nun soll die Regierung thun? Sie sollte meines Erachtens zuerst alles das klar stilulieren, was nötig ist, um dem heiligen Vater Ehre, Würde und geistliche Unabhängigkeit zu sichern. Auf welcher Grundlage das zu bewerkstelligen wäre, würde Sache der Staatsmänner sein, die darüber in der Stille ihrer Cabine nachdenken könnten. Die kaiserliche Regierung würde dann nach Rom hin melden, was sie für die geistliche Unabhängigkeit des heiligen Vaters thun zu können glaubt, und wenn solcherart das Gewissen der Katholiken beruhigt wäre, würden unsere Truppen Rom räumen. Der Papst würde dann seinem Volke gegenüberstehen, und wenn die Leidenschaften in der ewigen Stadt Unru

Unsere Maßregeln haben jedenfalls ein gutes Geschäft gemacht; 10) die ambulatorische Kinderheilanstalt, 10) der schles. Verein zur Heilung armier Augenkranken, 11) das Institut für Augenkrankheit des Dr. Förster, 12) Dr. Cohns Institut für Augenkrankheit. Von den Privatvereinen wird noch der Gesundheitspflegeverein erwähnt. In den eben genannten Instituten wurden im Ganzen behandelt: 28,789 Kranken, es starben 1401. Auch die Bevölkerungsstatistik liefert so günstige Resultate, wie noch nie. Man zählt 5443 Geburten und nur 4079 Todesfälle, es starben 126 weniger als im Vorjahr. Das Mortalitätsverhältnis stellt sich auf 1:33, während es sonst im Mittel auf 1:26 berechnet wird. Die Zahl der Plusgeburten ist im Steigen; so waren im Jahre 1858 Plusgeburten 507, im folgenden Jahre 997 und im Jahre 1860 Plusgeburten 1064, dagegen verminderte sich die Sterblichkeit aufzufallen. Man dürfte dies verschieden Urachen: der größeren Auseinanderlegung der Straßen und Häuser, den Verbesserungen, welche mit den Abtritten, den Klinksteinen, der Pflasterung &c. vorgenommen worden sind, zuschreiben. Vergleicht man die Sterblichkeit in den Armenkrankepflege mit der Gesamt-Sterblichkeit in der Stadt, 1401:4079, so ermittelt sich das überaus günstige Ergebnis von 29 1/2%, während es in früheren, schlimmeren Jahren 36, ja sogar schon 48,2 betrug. Es werden nun noch die unter den Hausarmen-Kranken vorgekommenen Krankheiten und diejenigen Fälle namhaft gemacht, die den Tod zum Ausgang hatten, sowie schließlich einige beherzigenswerthe Wünsche ausgesprochen.

=bb= Der in Nr. 89 der Breslauer Zeitung erwähnte Betrüger, der sich für den Bruder des Groß-Streblener Scharfrichters ausgab, ist am gestrigen Nachmittage durch einen Gendarmen der 3. Polizei-Inspektion auf der Gräupnerstraße ertappt worden. Bei der Verhaftung warf er mehrere Glasschalen mit Medicamenten in die Oder. — Heute Vormittag gelang es ebenfalls, ein Individuum, das sich schon seit 4 Monaten obdachlos herumtreibt, zu verhaften.

\* In der Sitzung des Dödter Kränzchens am 4. d. Mts. wurde von der Bibliothek-Commission referirt, daß bereits viele dankenswerthe Beiträge von Büchern der Bibliothek zugewiesen sind. Ein kleiner Fonds zur Erhaltung der Bibliothek und Förderung ihrer Interessen ist gebildet. Nachdem Dr. Weisse eine Biographie des kürzlich verstorbenen schlesischen Dichters Leopold Schefer mitgetheilt, wurden von einem Mitgliede die ersten 2 Akte eines von ihm verfaßten Trauerspiels vorgelesen. Erst spät in der Nacht schloß die Sitzung. Künftigen Sonntag wird die neu hinzugekommene Volksabstimmung in dem Verein für gesellige und wissenschaftliche Unterhaltung zur Aufführung gelangen.

\* In der Copir-Anstalt, Oderstraße 7, ist eine Bibliothek befüllt Catalogisierung niedergelegt, welche manche wertvolle alte Manuskripte und Bücher, worunter eines nach der ersten Zeit der Buchdruckerkunst (Incun.) und Städte-Chroniken, bei denen auch Breslau vertreten ist. Für Geschichtsforscher bietet die Bibliothek eine lohnende Ausbeute.

=bb= Gestern Nachmittag fand das Begräbnis des stud. jur. et cam. Stamm statt. Die Beteiligung war nur eine schwache, da die Todesanzeige erst spät am schwarzen Brette bekannt gemacht worden war. Gleichwohl hatten die Burgherren „Germania“ und „Wratislavia“ je 4 Präsidien gestellt. Von Professoren befand sich nur der zeitige Defan der Juristenschule Dr. Prof. Dr. Gießer in dem Trauerzuge. Die Liebertafel sang am Grabe entsprechende Lieder. — Die Uebelstände der Magazin-Jeht Berlinerstraße traten bei dieser Gelegenheit wieder einmal zum Vorschein.

\* Unser hochverehrter San.-Rath Dr. Gräßler erinnert sich seit Jahren das große Verdienst, daß er periodisch statistische Berichte der öffentlichen Kenntnis überreicht, welche höchst interessante Berichte ein helles Licht auf die Sanitäts-, Mortalitäts- und selbst auch Pauperitätsverhältnisse der Stadt Breslau werfen. Ein solcher Bericht liegt uns wiederum vor, nämlich: „Über die öffentliche Armentrankenpflege Breslaus im Jahre 1860.“ Zunächst geht aus demselben hervor, daß die Gesundheits-Verhältnisse unserer Stadt im genannten Jahre als außerordentlich gut zu erachten sind, wobei allerdings zu erwägen ist, daß auch in andern Städten sich ähnliche Verhältnisse ergaben, daß ferner wir während der letzten 5 Jahre von Epidemien befreit, die Lebensmittel nicht zu teuer waren und die arbeitenden Klassen mehr Beschäftigung hatten. — Im genannten Jahre ist am 1. Oktober für Brust- und Herzkrank ein Institut unter Leitung des Herrn Privatdozenten Dr. B. Cohn Burgfeld Nr. 12 ins Leben getreten, von dem sich für die Wissenschaft sowie für das Armentrankenwesen viel Gutes erwarten läßt. Der Verfasser wendet sich nun zu den Ergebnissen der einzelnen Anstalten und zwar 1) das Allerheiligenspital, 2) das Barnherzige-Brüderhospital, 3) das Elisabethinerinnenhospital, 4) die Filiale der Elisabethinerinnen, 5) das Diakonissen-Krankenhaus Bethanien, 6) das Augustenhospital für fränkische Kinder, 7) das israelitische Fränkische Hospital, 8) das kgl. Hebammen-Institut, 9) die Gesamtkrankenanstalt, 10) die kgl. geburtshilfliche Klinik, 11) die Heilanstalt für Augenkrankheit. In Betreff der Hausarmen-Krankenpflege: 1) Die städtische Hausarmen-Krankenpflege, 2) die Thorvald-Blacha'sche Foundation, 3) das Hausarmen-Medizinalinstitut, 4) die israelitische Hausarmen-Krankenpflege, 5) das C. D. Küch'sche Hausarmen-Krankeninstitut, 6) die königl. medizinische Politiklinik, 7) die königl. chirurgische und augenärztliche Politiklinik, 8) die königl. geburtshilfliche Politiklinik,

Heute Früh 6½ Uhr wurde mein innigst geliebtes Weib Pauline, geb. Bittner, von einem muntern Knaben glücklich entbunden. Parusowitz, den 4. März 1862. [1799]

v. Marbach, fgl. Hütten-Rendant.

Verwandten und Bekannten die ergebenste Mitteilung von der heut Morgens 8 Uhr erfolgten glücklichen Entbindung meiner lieben Frau Agnes, geb. Sesselberg, von einem gefunden kräftigen Knaben.

Köln, den 2. März 1862.

Wihl. Platner, Baumeister.

Allen Verwandten und Freunden die bestrebende Nachricht, daß heute Morgen 9 Uhr die verw. Frau Ledersfabrikant Hoffman, geb. Schellenberg sanft im Herrn entschlafen ist. Um siele Teilnahme bitten die [1799] hinterbliebenen.

Pö. Lissa, den 4. März 1862.

Todes-Anzeige.

Nach kurzen Leiden verstarb heute Mittag 1 Uhr unser innigsterliebster Bruder, Schwaiger und Onkel, der Handlungs-Commiss Theodor Wockittel, am Gehirnschlag in dem blühenden Alter von 26½ Jahren. Statt jeder beidernden Meldung zeigen dies tief betrübt an:

Die Hinterbliebenen.

Breslau, den 4. März 1862. [2148]

Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag 3 Uhr zu St. Mauritius statt.

Trauerhaus: Mauritiusplatz Nr. 10b.

Versprecher.

Nach schweren namenlosen Leiden entschlief am Sonnabend den 1. d. M. Abends 7 Uhr unter vielgeliebtem Freund und Bruder, der Bau-Cleve Oskar Hensel, in einem Alter von 19 Jahren. Schwer war der Kampf bei seinem Scheide von den Seinen, noch größer aber der Schmerz von uns, umfern Freund so früh dahin scheiden zu sehen. Im Bewußtsein, in ihm einen liebenswürdigen, treuen und geschätzten Freund verloren zu haben, dessen Andenken uns unvergänglich bleiben wird, widmen wir trauererfüllt diese Zeilen seiner Erinnerung.

Seine Freunde:

A. N. v. F. H. M. N. Leobischütz, den 3. März 1862. [1797]

Heute Früh 1½ Uhr entschlief nach langem Leiden unser geliebter Bruder und treuer Onkel, der Kaufmann David Michelly, in seinem 61. Lebensjahr. Diese traurige Anzeige widmen wir seinen zahlreichen Freunden in Stelle besonderer Meldung. [1796] Königsberg i. Pr., den 4. März 1862.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Familien-nachrichten.

Verlob.: Fr. Elise Weisser mit Hrn. Alb. Walter in Berlin, Fr. Louise Friedemann mit Hrn. Ed. Böbel daj., Fr. Matilde Gottschalk in Heilsberg mit Hrn. David Schnizer aus Berlin, Fr. Matilde Eltan in Harburg mit

Leben. Verein zur Heilung außerordentlich freundlichen Aufnahme zu erfreuen gehabt haben, auch sollen ihr die besten Aussichten für den Zweck ihrer Mission zugestellt werden sein.

[Notizen aus der Provinz.] \* Görlitz. Von Ostern ab wird der Herr Gymnasial-Director Dr. Schütte eine Vorbereitungsschule für das Gymnasium eröffnen. — Die Adressen an den Abgeordneten Diesterweg wird nächstens von hier nach Berlin abgehen.

+ Görlitz. Der Herr Landrat publicirt im hiesigen Kreisblatte eine sehr ausführliche Auseinandersetzung der Sachlage der Gebrüder Eisenbahn. Angelegenheit. Die wesentlichen Punkte sind bereits durch die Mittheilungen der Breslauer Zeitung bekannt geworden. — Die Jahres-Rechnung für die Sparassen-Bernaltung schließt von ult. Dezember 1861 ab mit einem Eingangs-Kapital von 55,465 Thlr. 25 Sgr. 1 Pf. Der Reservefonds betrug 3077 Thlr. 18 Sgr. 3 Pf.

△ Warmbrunn. Der „Bote a. d. Riesengeb.“ meldet: Am 1. März Nachmittags traf hier selbst die Leiche Ihrer Excellenz, der zu Kiel verstorbene freie Standesfrau, Gräfin Schaffgotsch, geb. Gräfin Bieten, im gräflichen Schloss hier selbst ein. Am 3. d. Mts. Morgens um 10 Uhr, wurde, nach erfolgter Einsegnung, die seierliche Beiseitung unter zahlreicher Grabebegleitung vollzogen. Der hohen Leiche folgten an 40 Geistliche beider Konfessionen, die gräflichen Beamten, die sämlichen Forstbeamten in Uniform und viele Theilnehmende aus den gräflichen Dorfschäften, Hirschberg und der Umgegend. Nachdem der Zug die katholische Kirche erreicht, wurde der Sarg auf einer Estrade vor dem Altare gehoben und ein feierliches Requiem abgehalten. Nach demselben erfolgte die Beisetzung der hohen Verbliebenen in die in der Kirche befindliche Gruft.

### Telegraphische Depesche.

Paris, 5. März. Im gesetzgebenden Körper wurde ein kaiserliches Schreiben verlesen, worin es heißt: Der Kaiser bedauert aufrichtig das entstandene Missverständnis zwischen dem legislativen Körper und ihm in der Angelegenheit Montaubans. Ein Verwerfen dieser Vorlage könnte keine Schwierigkeit nach sich ziehen, da die Gesetze gegenwärtig nur ihrer selbst wegen diskutiert werden und nicht, um das Ministerium zu stürzen. Nebrigens, um das gegenseitige Vertrauen wieder herzustellen, zieht die Regierung die gegenwärtige Vorlage zurück und bringt eine andere ein, um das Verdienst Montaubans zu belohnen.

### Handel, Gewerbe und Ackerbau.

† Breslau, 5. März. [Börse.] Bei matter Stimmung waren die Course theilweise niedriger. National-Anteile 61, Credit 72 1/2, wiener Währung 72 1/2—72 bez. Von Eisenbahnnationen waren Reise-Briege gefucht, Freiburger dagegen offert; erstere wurden 68—68 und zur Notiz eine Kleinigkeit 47%, und leichter à 119/4 gehandelt. Fonds, besonders Prioritäten, fest und höher. Schlesische Bantaneile 94 1/4—94 1/2 gehandelt.

Breslau, 5. März. [Amtlicher Produkten-Börse-Bericht.] Kleesaat, rothe, unverändert, ordinäre 7 1/2—8 1/2 Thlr., mittle 9% bis 10 1/2 Thlr., seine 12—12 1/2 Thlr., hocheine 12 1/2—13 Thlr. — Kleesaat, weisse, unverändert, ordinäre 10—13 Thlr., mittle 14—16 1/2 Thlr., seine 18—19 Thlr., hocheine 20—21 Thlr.

Roggen (pr. 2000 Pfund) laufender Termin gefragt und höher; pr. März 46% Thlr. bezahlt und Gld., März-April und April-May 46 Thlr. Gld., Mai-Juni 46% Thlr. Br.

Rübel etwas höher; loco 12 1/2 Thlr. bezahlt, 12 1/2 Thlr. Br., pr. März, März-April und April-May 12 1/2 Thlr. Br., September-Oktober 12 1/2 Br.

Kartoffel-Spiritus wenig Geschäft; loco 15 1/2 Thlr. Gld., pr. März und März-April 16 1/2 Thlr. Gld., April-May 16 1/2 Thlr. bezahlt und Br., Mai-Juni 16 1/2 Thlr. Br. und Gld.

Bink ohne Umsatz.

### Die Börsen-Commission.

Wasserstadt.

Breslau, 5. März. Oberpegel: 16 J. 4 S. Unterpegel: 4 J. 3 S.

Das Schles. Landwirthschaftl. Central-Comptoir in Breslau empfiehlt sich zum Ein- u. Verkauf von Landes-Produkten, landw. Maschinen, Gütern, Hypotheken &c. sowie zur Bevorzugung von Versicherungen aller Art.

### Feldmesser - Versammlung!

Sonntag den 9. März, Vorm. 11 Uhr, in 3 Bergen. (S. Nr. 93 dieser Zeitung.)

Ch. Verbindl.: Hr. Gust. Kellermann mit Fr. Alwine Wedding in Berlin, Herr Wilh. Barnewitz mit Fr. Marie Ritsche das.

Geburten: Ein Sohn Hrn. Hauptmann Höder in Jüterbog, Hrn. Junizel A. Wiedecke in Berlin, Hrn. Dr. Groß das, Hrn. Martin Heckinger das, Hrn. Dr. Epple in Werder, Hrn. Gust. Jacoby in Perleberg, Hrn. Baummeister Wilh. Platner in Köln, Hrn. Brem, Lieutenant Curt v. Breitenbach in Erfurt, Hrn. Kammerherrn R. v. d. Lühe in Neustrelitz, eine Tochter Hrn. Dr. Nathaniel in Finsterwalde, Hrn. Leopold Hadra in Berlin, Hrn. H. L. Donke das, Hrn. Emil Vogeler dslbst.

Todesfälle: Hr. Rentier Benno Julius in Berlin, Hr. Oberarzt Prof. Dr. Pohl in Danzig, Hr. Pastor em. Heinrich Edolt in Beelitz, Hr. See-Offizier Franz Fontane aus Pritzwalk, Hrn. Marie Rohde geb. Simbder in Berlin.

Entrée-Billets in den Saal à Person 10 Sgr.

sind in der Musikalien-Handlung des Herrn Th. Lichtenberg (Schweidnitzerstr. Nr. 8) und an der Kasse zu haben. Für die gelehrteten Abonnenten der Concerte gegen Vorzugszeit der Abonnements-Karte à Person 7 1/2 Sgr. nur an der Kasse zu haben.

Das Nähre die Anschlagzettel. [1791]

Anfang 3 Uhr.

Springer's Concert-Saal (im Weiss-Garten).

Donnerstag, den 6. März:

### Grosses Concert

der Theater-Capelle zum Benefit des Musik-Directors Herrn

A. Blecha,

unter gütiger Mitwirkung der grossherzogl. Hof-Pianistin Frau Bettina Schwemer, Fräulein Flies, der Herren Böhlken, von Ernest, Funk, des königl. Musik-Directors Herrn Hesse und sämlicher Damen und Herren des Theater-Corps.

Entrée-Billets in den Saal à Person 10 Sgr.

sind in der Musikalien-Handlung des Herrn

Th. Lichtenberg (Schweidnitzerstr. Nr. 8)

und an der Kasse zu haben. Für die gelehrteten Abonnenten der Concerte gegen Vor-

zugszeit der Abonnements-Karte à Person 7 1/2 Sgr. nur an der Kasse zu haben.

Das Nähre die Anschlagzettel. [1791]

Anfang 4 Uhr. Entrée 2 1/2 Sgr.

### Wintergarten.

Heute Donnerstag den 6. März. [2166]

### Konzert von A. Bille.

Anfang 4 Uhr. Entrée 2 1/2 Sgr.

### Liebich's Etablissement.

Das zwölftägige Abonnement-Konzert von B. Bille findet nach Nebeneinkunft mit Herrn

Musik-Director Blecha erst den 13ten dieses

Mts. statt.

[1802]

### Humanität.

Heute, Donnerstag, den 6. März.

### Kräntchen,

wozu einladet: [2170] Der Vorstand.

### Bei herabgesetzten Preisen:

1. Platz 5 Sgr., 2. Platz 2 1/2 Sgr., 3. Platz 1 1/2 Sgr. ist die

Menagerie an der Graf Henckelschen

Reitbahn nur noch

kurze Zeit zur Schau

ausgestellt. Die Füt-

terung und Dresur findet jeden Nachm. 4 Uhr

statt, um zahlre